

**Zusammenfassung der Antworten von Landtagskandidaten
im Wahlkreis Fürstentfeldbruck-Ost auf Fragen
vom Nord-Süd-Forum Fürstentfeldbruck
und der Kreisgruppe des Bundes Naturschutz
(alphabetische Reihenfolge der Kandidaten)**

Bayerische SDGs (Nachhaltigkeitsziele) und Eine-Welt-Politik (Relevanz und Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitsätze des bayer. Landtages vom Febr. 2016)

Bode (FDP): Entwicklungsprojekte wie BSCI (wirtschaftsgetriebene Plattform zur Verbesserung der sozialen Standards in der weltweiten Wertschöpfungskette) sind zu unterstützen. Auch der Freistaat muss im Sinne der „Corporate Responsibility“ selber nachhaltig agieren.

Falk (SPD): Die SPD hat nachhaltige Entwicklungsstrategien und deren Umsetzungsmöglichkeiten ausgearbeitet. Leider wurden Anträge von der konservativen Mehrheit abgelehnt, so z.B. Regelungen zu fairer Beschaffung durch den Freistaat, Fair Trade Siegel bei der Vergabe öffentlicher Aufträge oder der Antrag zum Aufbau einer Beratungsstelle für Beschaffungen der Kommunen. Das Beschaffungswesen bleibt ein zentrales Handlungsfeld, ebenso der Arbeitnehmerschutz, insbesondere die Verhinderung von ausbeuterischer Kinderarbeit.

Friedl (Freie Wähler): Die globalen Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2013 sollten Grundlage jedes politischen Handelns sein. Die wichtigsten Handlungsfelder sind Klimaschutz, Umwelt und Energie. Zusammenarbeit soll auf Augenhöhe stattfinden, Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit sind nicht gegeneinander auszuspielen.

Holdt (ÖDP): Die Politik soll die richtigen Rahmenbedingungen setzen, um negatives Verhalten zu sanktionieren und positives Verhalten der Menschen und der Wirtschaft zu fördern. Es gab falsche Entwicklungen in den letzten Jahren, die auch Mitursachen der Migrationsbewegungen sind, wie z.B. die von der EU mit den afrikanischen Staaten „erzwungenen“ Freihandelsabkommen. Hilfe zur Selbsthilfe muss das Ziel sein. Wenn wir durch Importe Waren/Rohstoffe beziehen wollen, müssen langfristige Verträge geschlossen werden mit fair gehandelten lokalen Produkten und nachhaltigen Produktionsverfahren.

Miskowitsch (CSU): Die öffentliche Hand muss Vorreiter sein bei der nachhaltigen Beschaffung im öffentlichen Bereich. Bei Neubauten muss sowohl auf die Nachhaltigkeit als auch auf die Effizienz geachtet werden.

Runge (Grüne): Die Zielformulierungen und die daraus abgeleiteten Prinzipien in den entwicklungspolitischen Leitsätzen sind prima, jedoch hapert es gewaltig bei der Umsetzung. Die bayerischen SDGs sind eine hervorragende Handreichung und Handlungsanleitung. Politische Entscheidungsträger müssen sich auf allen Ebenen an ihnen messen lassen. Die wichtigsten Handlungsfelder in der Eine-Welt-Politik sind Klimaschutz, Handels- und Bildungspolitik. Exportförderungen müssen überdacht werden. Nachhaltigkeit, Regionalität und Globalisierung müssen schon früh in unserem Bildungssystem behandelt werden, um die Auswirkungen des eigenen Handels zu vermitteln.

Bayerische Flüchtlingspolitik

Bode: Die Unternehmen suchen händeringend Personal. Wer arbeiten will, soll auch arbeiten können. Missbrauch der Sozialsysteme will niemand, aber die inhumane und in jeder Hinsicht unwirtschaftliche Asylpolitik der CSU muss beendet werden.

Falk: Die Flüchtlingspolitik der Bayer. Staatsregierung ist zuletzt Gegenstand berechtigter Kritik gewesen. Wir brauchen bei Ausbildungs- und Arbeitserlaubnissen eine Schubumkehr aus einem neugeschnittenen Bayer. Innenministerium.

Friedl: Schutzbedürftigen ist auf der Grundlage der internationalen Übereinkommen beizustehen. Daneben muss aber ein Einwanderungsgesetz auf Bundesebene geschaffen werden, um z.B. dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Eine verfehlte Subventionspolitik der EU zu beenden, ist der erste Schritt, um Fluchtursachen zu bekämpfen.

Holdt: Die bayer. Flüchtlingspolitik ist ein Trauerspiel. Durch die AfD getrieben, werden vielfach gut integrierte Migranten und Asylbewerber abgeschoben. Die 3+2 Regelung ist unmenschlich. Warum sollen Menschen gehen, die hier gelernt und gearbeitet haben und die gebraucht werden? Die Söder-Hilfs-Grenzpolizei ist die totale Kapitulation vor den Rechtsextremen. Die 500 darin tätigen Beamten sind jetzt von viel wichtigeren Aufgaben abgezogen.

Miskowitsch: Kein anderes Bundesland in Deutschland hat so viel Geld und Engagement in die Flüchtlingspolitik gesteckt wie Bayern. Menschen, die Hilfe benötigen, müssen Hilfe bekommen.

Runge: Die Politik von Staatsregierung und aktueller Landtagsmehrheit im Kontext mit dem Themenfeld Flucht/Fluchtursachen/Flüchtlinge halte ich für falsch und für schäbig. Die Handlungsweisen in den Ausländerämtern auf Kreisebene weichen sehr stark voneinander ab. Das Landratsamt FFB verfolgt eine sehr restriktive Linie. Erfreulich ist dagegen der Umgang eines großen Teils der Bevölkerung in Bayern mit geflüchteten Menschen.

Artenvielfalt / Artenschwund und Schutz der Öko-Systeme

Bode: Die Rahmenbedingungen haben sich verschlechtert. Einzelmaßnahmen wie Blühwiese statt Asphaltplatz, Nistmöglichkeiten oder Pflanzung von Hecken können die Artenvielfalt unterstützen.

Falk: Der Verlust der natürlichen Lebensgrundlagen muss bekämpft werden durch die Förderung einer umweltfreundlichen Landwirtschaft. Dazu gehören die Reduktion von Dünger und Spritzmitteleinsatz und auch ein Verbot bestimmter Stoffe. Bayern braucht weitere Nationalparks, und die Staatsregierung muss die Kabinettsentscheidung vom Juli 2018 zur Verhinderung des Nationalparks Steigerwald revidieren.

Friedl: Die Forderung, den Klimaschutz in die Bayer. Verfassung aufzunehmen, ist nur ein Schritt in die richtige Richtung. Es geht um Bewusstseins-schaffung auf allen politischen Ebenen und beim Einzelnen. Es müssen erkennbare Maßnahmen ergriffen werden im Landschafts- und Gewässerschutz. Im kommunalen Flächenmanagement ist die Biotopvernetzung höher zu gewichten.

Holdt: Nicht die Arbeit, sondern unser Umgang mit der Natur unter dem Wachstumsdogma zerstört unsere Umwelt. Beispiele für Gesetzesmaßnahmen sind: Transaktionssteuer, Flugbenzinbesteuerung, Abschreibungsmöglichkeiten einschränken, faire Unternehmensbesteuerung, Flächenverbrauch und Versiegelung höher besteuern. Pestizide auf öffentlichen Flächen gehören völlig verboten, auf staatlichen Flächen soll auf Öko-Landbau umgestellt werden.

Miskowitsch: Es wird das Bayerische Artenschutzzentrum in Augsburg gebaut mit Außenstellen in Laufen und Veitshöchheim. Verwiesen sei auch auf den Kabinettsbeschluss zur Naturoffensive Bayern.

Runge: In dem von uns kürzlich eingebrachten Gesetz zum Artenschutz (LT-Drs. 17/23106) haben wir zahlreiche Forderungen zum Schutz von Ökosystemen und zum Erhalt von Biodiversität eingebracht, u.a. durch einschlägige Änderungen in bestehenden Gesetzen. Konkret geht es um bessere Regelungen zum Freihalten von Uferrandstreifen, um den Ausbau des Biotopverbundes, um den Erhalt artenreicher Baumreihen an Staatsstraßen.

Flächenmanagement

Bode: Es ist nicht so einfach, verschiedene Interessen unter einen Hut zu bekommen, etwa die Schaffung von Wohnraum und der Flächenschutz oder die Nachverdichtung versus Gartenstadt. Auf Landesebene kann Wissen zusammengeführt und Forschung initiiert werden.

Falk: Im Zusammenhang mit Flächenverbrauch ist das Setzen auf Freiwilligkeit nicht wirksam. Nötig ist ein Anbindegebot für Gewerbeflächen und deutlicher Vorrang für die Entwicklung der Innenbereiche. Flächenzertifikatshandel, wie es die Grünen im Landtag vertreten haben, sind neoliberale Scheininstrumente und schaden der Sache sehr, weil explodierende Boomregionen belastet und ärmere Regionen abgeschnitten werden.

Friedl: Der Flächenverbrauch in Bayern ist einzudämmen. Gemeinden sollen durch interkommunale Zusammenarbeit zu einem vernünftigen Ausgleich zwischen Wohnen, Arbeiten und Erholen finden.

Holdt: Im Prinzip muss man den finanziellen Vorteil der Gewerbesteuer, den Kommunen durch Gewerbegebiete auf der „grünen Wiese“ haben, durch Steuergesetzgebung so stark reduzieren, dass eine Kommune nicht nach diesem Mittel greift. Neben einer gelungenen Umgestaltung des Steuersystems sollen der Spielraum der Kommunen eingeschränkt, Schutzgebiete eingerichtet und Zersiedelung verboten werden, d.h. auch Aufhebung von Teilen des „privilegierten Bauens“.

Miskowitsch: Um die Möglichkeit der Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitsplätzen gerade in ländlichen Teilräumen zu erleichtern, wird das Anbindegebot im LEP gelockert und die Entscheidungsspielräume vor Ort vergrößert. Die neuen Ausnahmen greifen nur dann, wenn hierdurch das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich beeinträchtigt wird und kein angebundener Alternativstandort vorhanden ist.

Runge: Um hier entgegen zu steuern, muss dem Schaffen von Gewerbegebieten in Randlagen oder gar abseits der Ortschaften und dem überbordenden Bau von Ortsumfahrungen ein Riegel vorgeschoben werden. Die Kommunen können über entsprechende Schritte in der Bauleitplanung Anreize schaffen, z.B. etwas mehr in die Höhe statt in die Fläche zu bauen.

Energie/Energiewende im Landkreis

Bode: Es müssten konkrete Projekte zur Umsetzung kommen, statt nur die Bürger zu informieren, wie dies im Landkreis geschieht. Auch für die Landespolitik sollten konkrete Projekte zur Umsetzung kommen.

Falk: Die SPD strebt an, Bayern spätestens 2035 zu 100% mit regenerativen Energien zu versorgen. Zu den Instrumenten gehört die Abschaffung der 10 H Regelung sowie die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für erneuerbare Energien wie Wind, Wasser, Geothermie und Solar.

Friedl: Nur reden hilft bei der Umsetzung einer regionalen Energiewende nicht. Wünschenswert wären konkrete Zielvorgaben. Die 10 H-Regelung muss korrigiert werden. Es bedarf maßgeschneiderter Lösungen. Energie mit Bürgerbeteiligung und regionalen Strukturen statt Konzernstrukturen.

Holdt: Fahrrad und ÖPNV müssen massiv gefördert werden. Straßenneubau zieht nur noch weiteren Verkehr nach sich. Wohnen und Arbeiten müssten näher beieinander liegen, d.h. Arbeitsplätze vor Ort schaffen. Dazu bedarf es aber eines schnellen Internets, auch in den kleinen Kommunen. Die 10H-Regelung verhindert einen weiteren Ausbau der Windkraft. An der EEG darf nicht gerüttelt werden. Wir brauchen für die Energiewende auch hochmoderne und flexible Gaskraftwerke wie in Irsching.

Miskowitsch: Die Energiewende ist unerlässlich. Es gibt grundsätzlich drei Stellschrauben: Strom, Wärme und Mobilität. Bei Windkraftanlagen, Geothermie, Biogasanlagen und vor allem Photovoltaik gibt es im Landkreis noch großes Potenzial. Die Energiewende gelingt nur im Zusammenspiel mit allen Playern, wie Bund Naturschutz, Agenda21 oder Ziel21. Öffentlichkeitsarbeit und Akzeptanz in der Bevölkerung sind für die Energiewende unabdingbar.

Runge: Erfolge bei der Energiewende hängen stark ab von den Rahmenbedingungen auf europäischer und auf Bundes- und Landesebene. Der Freistaat muss die Landkreise beim Aufbau von Energieagenturen und damit von Beratung vor Ort unterstützen. Unsere Fraktion im Kreistag FFB hat dem Landrat einen Katalog von Vorschlägen übermittelt. Ein detaillierter Energienutzungsplan sollte enthalten: Wärmekataster, Potentiale zur Nutzung regenerativer Energien und zur Sanierung. Wir erteilen der 3. Startbahn eine Absage und wollen die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs deutlich ausbauen.

Klimaschutz / Kerosinsteuer /Fahrverbote

Bode: Belohnungen sind in der Regel besser als Verbote, etwa Steuervorteile für klimaschonendere Fahrzeuge. Sehr hilfreich wären Regelungen zur Stromversorgung in Tiefgaragen.

Falk: Bayern braucht ein eigenes Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Zielen, insbesondere bei der Emissionsminderung von Treibhausgasen. Fahrverbote machen nur bedingt Sinn. Es braucht allgemeine bundeseinheitliche Grundlagen für Umweltzonen und eine gesetzliche Verpflichtung für die Autohersteller, ihre PKW nachzurüsten.

Friedl: Zunächst muss Klimaschutz als Ziel des Freistaates in die Verfassung aufgenommen werden. Die Jugend soll mit ihren Ideen für die Umwelt von morgen mit eingebunden werden.

Holdt: Die Kerosinsteuer ist mehr als überfällig. Fliegen ist das klimaschädlichste Fortbewegungsmittel. Auch Kurzstreckenflüge sollten stärker besteuert werden. SUVs sind Modeerscheinungen, die wieder verschwinden würden, wenn die Spritpreise weiter anziehen und auch das Gewicht und Hubraum eines PKW bei der KFZ-Steuer mehr berücksichtigt würden. Generell müssen wir den Fahrrädern und dem ÖPNV den Vorrang geben, gefolgt von E-Mobilität-Sharing-Systemen.

Runge: Wir setzen uns für ein Klimaschutzgesetz ein. Unser mit LT-Drs. 17/21585 eingebrachter Gesetzentwurf enthält definierte Zielsetzungen und Vorgaben. Er wurde von der CSU-Mehrheit abgelehnt. Wir brauchen eine wirkliche Energie- und Verkehrswende. Das Ende der Steuerfreiheit von Kerosin ist überfällig. Deutschland sollte hier europaweit vorangehen. SUVs und andere „übermotorisierte“ und/oder „überdimensionierte“ Kraftfahrzeuge sollten mit höheren Steuern belegt werden.

Landwirtschaft / Import von Futtermitteln / Milch- und Fleischexport in die Länder des globalen Südens

Bode: Die ökonomische und ökologische Seite der Landwirtschaft sind zwei Seiten einer Medaille. In den letzten Jahrzehnten haben sich beide Seiten Schritt für Schritt angenähert. Die Landwirtschaft und ihre Erzeugnisse werde ich im Handel nicht beschränken. Die Subventionierung von Exporten lehne ich ab. Der Handel hat die größte friedensstiftende Wirkung und ist die stärkste Kraft im Sinne Eine-Welt.

Falk: In Bayern hängt jeder 7. Arbeitsplatz von der Landwirtschaft ab. Maßnahme für eine zukunftsfähige bäuerliche Landwirtschaft wird sein, Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen zu erschweren. Die Förderung im Agrarbereich soll nur bei einem gesunden Verhältnis von Tieren und Fläche möglich sein. Im globalen Süden soll die völlig widersinnige Abhängigkeit von Importen von Fleisch bzw. Restfleischprodukten zugunsten eines Aufbaus dortiger Nahrungsmittelproduktion abgeschafft werden.

Friedl: Direktvermarktung regionaler Produkte muss gefördert werden. Konzerngesteuerte Betriebswege müssen aufgebrochen werden. Von Futtermittelimporten halte ich gar nichts. Einer verfehlten europäischen und weltweiten Subventionspolitik werde ich mich entgegenstellen. Eine generelle Abkehr von der Exportorientierung der bayer. Wirtschaft werde ich nicht mittragen. Der Export von Waren und Dienstleistungen bedingt in einem nicht unerheblichen Maß unseren Wohlstand.

Holdt: Die Politik, die Medien und auch die Handelskonzerne, vor allem aber die Verbraucher haben es in der Hand, die Wende hin zu Öko in der Landwirtschaft zu gestalten. Import von Futtermitteln, besonders aus Amerika, ist aufgrund der Gentechnik und des Pestizideinsatzes abzulehnen. Export von Milch und Fleisch in die Länder des globalen Südens macht keinen Sinn und zerstört die Lebensgrundlagen dort. Regionales Wirtschaften ist angesagt, das gilt auch innerhalb der EU. Produkte wie billiges Schweinefleisch oder Milch zu Dumpingpreisen sollten aus Bayern nicht exportiert werden.

Miskowitsch: Die Stärke der bäuerlichen Landwirtschaft liegt in der artgerechten und bodengebundenen Tierhaltung. Unsere Wirtschaft lebt vom freien Welthandel. Wir wollen

insbesondere die Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft bei der Erschließung kaufkräftiger internationaler Märkte ausbauen. In Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte dürfen nicht zu Lasten der Entwicklungsländer produziert und exportiert werden.

Runge: Bis 2015 sollten mindestens 30 % der landwirtschaftlichen Flächen in Bayern ökologisch bewirtschaftet werden. Wir wollen, dass EU-Zahlungen eine konsequente Orientierung an den Gemeinwohlzielen Umwelt-, Klima- und Naturschutz erhalten. Gefördert werden soll die tiergerechte Haltung, die kleinstrukturierte, vielfältige Landwirtschaft und die regionalen Wertschöpfungsketten. Der Import von Futtermitteln muss reduziert werden. Statt auf immer mehr Überproduktion und billige Exporte zu setzen, braucht es eine Veränderung der Handelspolitik mit dem globalen Süden, insbesondere eine strikte Ablehnung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EPAs in der derzeitigen Form. Es wäre meiner Ansicht nach kein Schaden, etwas von der Exportlastigkeit, die ja schon längst zu einer Abhängigkeit geworden ist, wegzukommen.

Daseinsfürsorge / Trinkwassersituation in Bayern u. FFB

Bode: Die Trinkwassersituation ist im Grundsatz in Bayern und im Landkreis FFB gut. Die Leistungsfähigkeit der kommunalen IT sowie der Ausbau digitaler Infrastrukturen sind mir ein Anliegen.

Falk: Privatisierung ist abzulehnen, Probleme gibt es durch Schadstoffeinträge. Zur öffentlichen Daseinsfürsorge gehört auch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Bodenpreisbegrenzungen.

Friedl: Generell beurteile ich die Situation als gut. Wasser ist Menschenrecht und gehört in die Hand kommunaler Versorger und nicht in die Hände einer Industrie.

Holdt: Die Privatisierung der Trinkwasserversorgung muss auf jeden Fall verhindert werden. Tiefbrunnen sind zu vermeiden. Es sind Gesetze zu schaffen, die im Konfliktfall das Wasser vor Gewerbe- oder Industrieverschmutzung schützen bzw. die Kosten für die Reinhaltung des Wassers sind den Verschmutzern aufzubürden und nicht den Steuerzahlern.

Miskowitsch: Städte und Gemeinden investieren viel Geld in dieses wichtige Gut. Förderprogramme müssen jedoch ständig an die Bedürfnisse angepasst werden.

Runge: Die Trinkwassersituation ist in Südbayern noch relativ gut. Wir müssen heute dafür sorgen, dass unser Wasser auch in Zukunft gut ist – möglichst frei von Schadstoffen aller Art. Das Problem der hohen Nitratwerte wollen wir mit Kontrolle der Düngepraxis und dem Ziel einer flächengebundenen Tierhaltung angehen. Wir wollen die Eigenständigkeit der bayerischen Kommunen bei der Daseinsfürsorge stärken und die unübersichtliche Vielzahl staatlicher Förderprogramme deutlich verringern. Dafür soll der Anteil der Kommunen am Steuerverbund auf 15 % erhöht werden. Wir wollen unsere bürgernahen Sparkassen und regionalen Genossenschaftsbanken erhalten und unterstützen.

Verkehr / Verkehrswende / Straßenplanungen

Bode: Wir leben in einer Wachstumsregion mit zunehmendem Verkehr. Es geht nicht um „entweder“ „oder“, sondern alle Maßnahmen sind notwendig, egal ob Radwege oder leistungsfähige Bahnverbindungen. Wenn mehr Arbeitsplätze im Landkreis entstehen, müssen

weniger Menschen auspendeln. Leistungsstarke Internetverbindungen könnten mehr Home-Office ermöglichen.

Falk: Der öffentliche Verkehr muss gestärkt werden, insbesondere der Schienenverkehr. Dazu gehören die Beschränkung des inländischen Flugverkehrs und ein klares NEIN zur 3. Startbahn. Das MVV-Netz muss ausgeweitet werden. Die staatliche Nahverkehrsförderung soll deutlich erweitert werden, um vielfältig niedrigere bzw. kostenlose Tarifierungen zu ermöglichen. Die Neutrassierung der B15 in Ostoberbayern ist abzulehnen, ansonsten bedarf es einer Einzelfallabwägung.

Friedl: Ausbau des ÖPNV, Tangentialverbindungen, Schnellbuslinien, Fahrrad- und Fahrradschnellwege bringen uns zum Ziel. Die Streichung des Ringschlusses der A99 aus dem Bundesverkehrswegeplan im Süden Münchens halte ich für einen Fehler. Die Zerschneidung von schützenswerten Landschaften kann dabei keine Lösung sein, eine Untertunnelung schon.

Holdt: In den großen Landkreisstädten Radsharing und Carsharing einführen. Lastenräderverleih kann manches Auto einsparen. Den geplanten Ausbau der B471 in fast Autobahndimensionen lehne ich ab, auch den monströsen Ausbau der Salzburger Autobahn auf fast durchgängig 8 Spuren.

Miskowitsch: Es darf keine Denkverbote geben, z. B. könnten Seilbahnen ein Schritt in die richtige Richtung sein. Die Straßenplanungen hier im Landkreis halte ich für schlüssig.

Runge: Wir brauchen einen stark verbesserten öffentlichen Personennahverkehr, müssen Radfahrer und Fußgänger besser schützen, das Radfahren insgesamt attraktiver machen und saubere Technologien vorantreiben. Einzelne Carsharing-Systeme müssen zusammengeführt und kombiniert werden mit anderen Angeboten wie Rad-Verleihsystem, Bahn und Bus. Deutlich wichtiger als Straßenneu- und -ausbau sind Unterhaltung und Sanierung. Für die Verkehrsinfrastruktur wären dringend eine Bestandsaufnahme, ein Kassensturz und dann eine vernünftige und ehrliche Prioritätensetzung angesagt.

Mögliche Koalitionen nach der Wahl / Zusammenarbeit mit der AfD

Bode: Grundsätzlich kommt eine Zusammenarbeit, insbesondere in einer Koalition, nur mit demokratischen Kräften in Frage, die die Demokratie schätzen und stützen. Mit der AfD, sollte sie im nächsten Landtag vertreten sein, wird es keine Zusammenarbeit geben, aber demokratische und menschliche Gepflogenheiten im Umgang miteinander müssen eingehalten werden.

Falk: Eine Zusammenarbeit mit der rechtsradikalen AfD schließe ich aus. Als Sozialdemokrat sehe ich politikfähigen Angeboten für die Regierungsarbeit eines besseren, solidarischen und umweltgerechten Bayern entgegen. Im übrigen entscheidet bei der Bayern SPD ein Mitgliederentscheid über Koalitionsfragen.

Friedl: Im Moment stellt sich die Koalitionsfrage nicht. Eine Zusammenarbeit mit der AfD kommt zur Zeit nicht in Frage. Die Erfahrungen aus dem Bundestag und anderen Landesparlamenten zeigen, dass eine sachliche Diskussion mit der AfD nicht möglich ist.

Holdt: Mit jeder Stimme für die ÖDP unterstützen es die Wähler, dass die ÖDP weiterhin mit Aktionen und Volksbegehren die politische Diskussion belebt, allein schon deshalb ist keine Stimme verloren. Eine Zusammenarbeit mit der AfD kommt nicht in Frage. Diese Partei

erscheint als Wolf des Rechtsextremismus, der sich ein Schaffell übergezogen hat, aber es wird eng, und an vielen Stellen blitzt schon der braune Wolf durch. Nur leider wollen das viele Wähler nicht wahrhaben.

Miskowitsch: Über eventuell nötige Koalitionen machen wir uns nach der Wahl Gedanken.

Runge: Grundsätzlich ist es an der Zeit für einen Wandel in Bayern. Wir GRÜNE sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Allerdings halte ich es für fraglich, ob und wie CSU und GRÜNE zusammenfinden. Wer mit uns koalieren will, muss bereit sein, bei den veröffentlichten 10 Punkten in den nächsten fünf Jahren entschieden mit voranzugehen. „Zusammenarbeit in Sachfragen“ mit der AfD, das heißt nach meinem Verständnis wirklich zusammenzuarbeiten: das kommt für mich nicht infrage. In der und durch die AfD werden Unsicherheit und Ängste geschürt, es wird gehetzt und gespalten.